

Hintergrundpapier

Nr. 18 / November 2011

Russland vor den Wahlen – Geringe Chancen für die Demokratie

Sascha Tamm

In Russland stehen Wahlen bevor. Am 4. Dezember 2011 wird das russische Parlament, die Duma, gewählt, am 4. März 2012 folgen die Präsidentenwahlen. Im Folgenden soll die Ausgangslage dargestellt und eine politische Bewertung des Wahlprozesses und seiner voraussichtlichen Folgen versucht werden.

Ausgangslage

Wahlrecht

Einige Änderungen des Wahlrechts treten zu diesen beiden Wahlen in Kraft. Zu den Dumawahlen gilt zwar weiterhin die Sieben-Prozent-Hürde zum Einzug in Fraktionsstärke, es gibt jedoch eine eher kosmetische Erleichterung: Erreicht eine Partei fünf Prozent der Stimmen, so erhält sie einen Sitz in der Duma, bei sechs Prozent sind es zwei Sitze. Für die nächste Dumawahl ist es geplant, die Hürde zum Einzug in das Parlament generell auf fünf Prozent zu senken. Die Legislaturperiode wird von vier auf fünf Jahre verlängert.

Die wesentliche Änderung bei den Präsidentenwahlen ist die Verlängerung der Amtszeit von vier auf sechs Jahre. Die Beschränkung auf zwei Amtszeiten bleibt bestehen, sodass der derzeitige Ministerpräsident Putin mit zwölf Jahren im Amt des russischen Präsidenten rechnen kann.

Die aktuelle Machtverteilung

In der aktuellen Duma hat die Partei „Einiges Russland“ eine deutliche Zweidrittelmehrheit der Mandate. Mit 64,3 Prozent der Stimmen erhielt sie 315 der insgesamt 450 Sitze in der Duma. Außerdem sind drei weitere Parteien in der Duma vertreten: Die Kommunistische Partei (KPRF, 11,6 Prozent, 57 Sitze), die Liberaldemokratische Partei (LDPR, 8,1 Prozent, 40 Sitze) und die Partei „Gerechtes Russland“ (7,7 Prozent, 38 Sitze). Diese Parteien werden wieder zur Duma-Wahl antreten. Dazu kommen folgende Parteien, die für die diesjährige Wahl eine Registrierung erhalten haben und derzeit nicht in der Duma vertreten sind: JABLOKO, Prawoje Delo (Die Rechte Sache) und die „Patrioten Russlands“.

Die letzte Präsidentschaftswahl im Jahr 2008 wurde mit großem Vorsprung von Dmitrij Medwedjew gewonnen, der von Wladimir Putin vorgeschlagen worden war. Er erhielt rund 70 Prozent der Stimmen. Für die Wahlen im März des nächsten Jahres wurde von „Einiges Russland“ Vladimir Putin als Präsidentschaftskandidat nominiert. Die weiteren Kandidaten stehen offiziell noch nicht fest, ihre Registrierung durch die Zentrale Wahlkommission erfolgt erst nach den Duma-Wahlen. Es ist davon auszugehen, dass die dann in der Duma vertretenen Parteien Kandidaten aufstellen werden, die auch von der Pflicht zum Sammeln von Unterschriften befreit sein werden. Dazu werden möglicherweise weitere Kandidaten kommen.



Die russische Staatsduma
(Foto: cathpain/Flickr)

Politische und wirtschaftliche Situation

Die Wahlen finden in einer Zeit statt, in der weiterhin viele drängende Probleme des Landes einer Lösung harren. Viele dieser Probleme wurden schon zu Beginn der ersten Amtszeit von Putin und dann wieder bei der Wahl von Dmitri Medwedjew von den jeweiligen Präsidenten öffentlich genannt. Ihre Lösung wurde angekündigt, bis heute jedoch ohne nennenswerten Erfolg. So ist Russland weiterhin ein von der Korruption beherrschtes Land. Die große wirtschaftliche Abhängigkeit von Rohstoffexporten hat sich nicht verringert. Der Kapitalabfluss ist groß: Allein im Jahr 2011 betrug er in den ersten drei Quartalen ca. 50 Mrd. US\$. Bis jetzt gelingt es, begünstigt von weiterhin hohen Rohstoffpreisen, jedoch noch, den Staatshaushalt stabil zu halten.¹

Auf der anderen Seite genießen die Bürger Russlands heute einen gewachsenen Wohlstand und eine gewisse Stabilität, die sie mit den Präsidentschaftszeiten von Putin und Medwedjew verbinden. Der Staat ist finanziell handlungsfähig und hat Rücklagen aus den Einnahmen aus den Rohstoffexporten gebildet. Diese reichen allerdings, wenn sich nichts grundsätzlich an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ändert, nicht sehr lange, da der Staat zunehmende Ausgaben hat, um die Ansprüche der Bevölkerung zu befriedigen, so z. B. steigende Rentenzahlungen.

Den derzeitigen Machthabern spielt ein dauerhaftes Merkmal der russischen und sowjetischen Geschichte in die Hände: Im Gedächtnis der russischen Bürger sind immer Zeiten lebendig, die mit großer Instabilität sowie mit großen materiellen Entbehrungen und Gefahren verbunden sind. Dazu gehören z. B. die russische Finanzkrise von 1998 und die Zeit der Perestroika. Deshalb akzeptieren sehr viele den derzeitigen Stand der Dinge, auch wenn sie viele Mängel durchaus bemerken. Verstärkt wird diese Tendenz dadurch, dass es keine von einer größeren Gruppe der Bevölkerung akzeptierten politischen Alternativen gibt. So ist eine weitgehende Passivität der russischen Bevölkerung in politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten zu beobachten. Diese kommt den Machteliten entgegen.

Sehr viele russische Bürger, gerade auch Angehörige des sich entwickelnden Mittelstandes, konzentrieren sich auf den Ausbau und die Absicherung ihres Lebensniveaus. Viele von ihnen schaffen sich ein Standbein im Ausland, um bei einer Bedrohung ihres Eigentums und ihrer Lebensperspektive in Russland das Land zügig verlassen zu können. Umfragen zeigen, dass bis zu 30 Prozent des

¹ Zur wirtschaftlichen Lage vor den Wahlen siehe ausführlich: eine Studie des Moskauer Carnegie-Centers:
<http://carnegieendowment.org/2011/11/03/putin-will-inherit-different-economy/6mbe>

Mittelstandes in den großen Städten über ein Verlassen Russlands nachdenken. Auch der sehr große Abfluss von Kapital aus Russland zeigt deutlich, wie wenig viele Russen an die langfristige Perspektive ihres Landes glauben.

Öffentliche Meinung

Derzeit zeigen alle Umfragen eine klare Führung der Partei „Einiges Russland“. Nur die Frage, ob sie tatsächlich eine Zweidrittelmehrheit der Mandate gewinnt, scheint noch offen. Eine aktuelle Umfrage² (Befragungszeitraum 21.-24.10.2011) des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts „Levada“ zeigt folgende Stimmenanteile der registrierten Parteien:

Einiges Russland	51%
Kommunistische Partei	20%
Liberaldemokratische Partei	14%
Gerechtes Russland	7%
JABLOKO	4%
Die Rechte Sache	1%
Patrioten Russland	< 1%

In dieser Konstellation hätte „Einiges Russland“ zwar eine klare Mehrheit der Mandate, aber keine Zweidrittelmehrheit. In der Duma wären vier Parteien vertreten. Ausgehend von diesen Umfrageresultaten besteht für die Partei JABLOKO immerhin die Chance, mit 5 Prozent der Stimmen einen Sitz in der Duma zu erhalten.

Das Vertrauen in einen fairen Wahlprozess ist in der russischen Bevölkerung nicht sehr groß: Im Oktober glaubten 39 Prozent der Befragten an einen im wesentlichen ehrlichen Wahlprozess, 37 Prozent denken, dass die bevorstehenden Wahlen eher unfair und schmutzig sein werden. Die restlichen Befragten wollten oder konnten diese Frage nicht beantworten. Weiterhin meinen 48 Prozent der Russen, dass die Wahlen nur eine Imitation eines realen Machtkampfes sind, nur 35 Prozent glauben daran, dass es sich wirklich um einen realen Kampf um die Macht handelt. Das zeigt auch die geringe Bedeutung, die dem Parlament beigemessen wird.



Wladimir Putin und Dmitri Medwedjew
(Foto: www.kremlin.ru)

Damit einher geht eine relativ positive Bewertung des ehemaligen und zukünftigen Präsidenten Wladimir Putin – er genießt eine Zustimmung von 61 Prozent. Dagegen wird die Lage im Land skeptischer gesehen – 41 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sich das Land generell in die richtige Richtung bewege, 40 Prozent glauben, es entwickle sich in eine falsche Richtung.

² Alle Umfragezahlen nach der Pressemitteilung des Levada-Zentrums „Zustimmungsratings der führenden Persönlichkeiten, Bewertung der Lage im Lande und Wahlabsichten“ <http://www.levada.ru/08-11-2011/reitingi-odobreniya-pervykh-lits-polozheniya-del-v-strane-elektoralnye-predpochteniya> (in russischer Sprache)

Wie demokratisch werden die Wahlen sein?

Die russischen Machteliten sind heute nicht in der Lage und teilweise auch nicht willens, den Wahlprozess vollständig zu kontrollieren. Deshalb findet tatsächlich ein Wahlkampf statt, der auch eine gewisse Ventilfunktion hat. Auch innerhalb der Partei der Macht „Einiges Russland“ gibt es auf regionaler Ebene heftige Auseinandersetzungen um gute Listenplätze. Diese versprechen Zugang zu bedeutenden Ressourcen. Es war das erklärte Ziel der Parteiführung, die Parlamentsfraktion der Partei teilweise zu erneuern. Dieses wird erreicht werden, wie die Listen der aufgestellten Kandidaten zeigen.

Ein Projekt, um die Basis der Regierungspartei zu stärken, ist die sogenannte „Volksfront“. Mit ihr sollen weitere gesellschaftliche Organisationen an die Partei gebunden werden, indem ihnen die Möglichkeit eröffnet wird, über einen Vorwahlprozess Kandidaten für die Liste von „Einiges Russland“ aufzustellen. Es handelt sich hier auch um einen Versuch, einen Teil des Potentials von politischen Gegnern einzubinden und eine stärkere Verbindung zu Teilen des Elektorats zu erreichen.

Parallel dazu wurden und werden jedoch wie bei den vorangegangenen Wahlen massiv verschiedene Instrumente der von „Einiges Russland“ beherrschten staatlichen Verwaltungen der verschiedenen Ebene und der Justiz eingesetzt, um das Wahlergebnis zu beeinflussen.

Die Einflussnahme beginnt mit dem Verfahren der Registrierung politischer Parteien. Dazu ist das Sammeln von 45.000 Unterschriften von Unterstützern notwendig, die in bestimmter Weise auf die Regionen des Landes verteilt sein müssen. Diese Anforderungen wurden vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in seinem Urteil zur Auflösung der „Republikanischen Partei“ unter der Führung von Wladimir Ryschkow als Verletzung der Rechte der Bürger Russlands bewertet. Zu den sehr hohen Anforderungen für die Registrierung kommt eine starke Behinderung von Parteien, die sich um die Registrierung bemühen und dafür Unterschriften sammeln. Das mussten viele Unterstützer der „Partei der Volksfreiheit“ (PARNAS) erfahren, als sie in der ersten Hälfte dieses Jahres Unterschriften sammelten. Sie wurden in verschiedenster Weise von den lokalen Behörden unter Druck gesetzt, etwa mit dem Hinweis auf den möglichen Verlust ihres Arbeits- oder Studienplatzes. Als dann schließlich die Unterschriften gesammelt und eingereicht wurden, wurde die Registrierung von der Justiz unter Hinweis auf einige wenige ungültige Unterschriften abgelehnt.

Eine intensive Einflussnahme der Behörden gab und gibt es während der Wahlkampagne. Die Methoden sind sehr vielfältig – sie reichen von Plakaten, die im Namen und auf Kosten der lokalen Behörden zur Teilnahme an der Wahl aufrufen, aber ein fast identisches Design wie die Wahlplakate von „Einiges Russland“ haben, bis hin zu sehr eindeutigen Wahlaufrufen für die Partei der Macht durch zahlreiche Leiter von Behörden und staatlichen Unternehmen an ihre Mitarbeiter. Andere Parteien werden in vielen Fällen daran gehindert, ihre Positionen zu vertreten.

Auch am Wahltag selbst, so ist heute schon abzusehen, wird es Manipulationen geben. So wurden schon jetzt Fälle bekannt, dass größere Wählergruppen für den Wahltag zu anderen Arbeitsplätzen umregistriert werden und dann dort wählen. An vielen Orten wird Druck dahingehend ausgeübt, dass viele Wähler erklären, am Wahltag nicht anwesend sein zu können. Das eröffnet gute Chancen für Manipulationen.

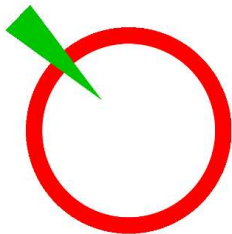
Die Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation ist kein unabhängiges Gremium, sondern vertritt größtenteils die Interessen der Regierungspartei. Das ist verbunden mit einer starken Missachtung aller oppositionellen Kräfte. Dafür mag eine Äußerung des Vorsitzenden dieser Wahlkom-

mission, Wladimir Tschurow, auf einer Veranstaltung mit ausländischen Wahlbeobachtern als Beleg dienen: Er verglich die oppositionellen Parteien in Russland mit einer alten Jungfrau aus einer Anekdote aus dem vorrevolutionären Russland. Diese beklagt zuerst, dass sie sich nicht auf die Straße traue, weil sie Angst hat, vergewaltigt zu werden. Als sie sich dann irgendwann doch traute, wurde beklagte sie sich danach erneut: „Ich bin nutzlos, niemand braucht mich, niemand hat mich vergewaltigt.“ Diese Äußerung zeigt sehr deutlich die Haltung der russischen Machteliten zu jeder Art von Opposition.

Liberele politische Kräfte

In Russland gibt es zwei Mitgliedsparteien der europäischen liberalen Parteienfamilie ELDR – die Partei JABLOKO und die Volksdemokratische Union (RNDS). Daneben vertritt die Partei „Die Rechte Sache“ teilweise liberale Positionen.

JABLOKO



Die Partei JABLOKO wird an den Duma-Wahlen teilnehmen und unternimmt derzeit große Anstrengungen im Wahlkampf. Ihre Liste wird von ihrem in der Öffentlichkeit mit Abstand bekanntesten Politiker, Grigori Jawlinski, angeführt. Jabloko sieht sich selbst als einzige zur Wahl zugelassene demokratische Opposition. Die Partei versucht, ein möglichst breites Spektrum von oppositionellen politischen Richtungen anzusprechen, von Umweltaktivisten und Frauenverbänden bis hin zu kleinen Unternehmern. Sie verfügt in einigen

Regionen über eine aktive Basis von Aktivisten. Die innerparteilichen Streitigkeiten, die die Partei in den letzten Jahren belasteten, sind, zumindest vorerst, beigelegt. In ihrem Wahlprogramm hat die Partei wichtige liberale Forderungen niedergelegt, die sie auch im Wahlkampf vertritt. Sie hofft, an ein weit verbreitetes Gefühl der Unzufriedenheit in der Bevölkerung anknüpfen zu können.

Die Aktivitäten der Partei schlagen sich derzeit positiv in einigen Umfrageergebnissen nieder. Grigori Jawlinskij schließt nicht aus, bei einem erfolgreichen Verlauf der Dumawahlen auch bei den Präsidentschaftswahlen anzutreten.

Eine große Herausforderung für JABLOKO besteht darin, in möglichst viele Wahllokale Wahlbeobachter zu entsenden. Die Erfahrungen der letzten Wahlen haben gezeigt, dass damit das Ausmaß der Manipulationen deutlich gesenkt werden kann.

PARNAS/RNDS

Die RNDS mit ihrem Vorsitzenden Michail Kassjanow hat sich an dem Parteiprojekt PARNAS (Partei der Volksfreiheit) beteiligt. Diesem wurde die Registrierung verweigert, obwohl sie die formalen Anforderungen erfüllt hatte. In einem sehr aufwändigen Prozess wurden gegen den Widerstand vieler lokaler Behörden die notwendigen Unterschriften gesammelt.

Derzeit ruft die Partei zum Wahlboykott im Rahmen der Wahlen auf. Dieser Kurs wird von der Mehrheit der Parteiführung, von Michail Kassjanow, Wladimir Ryschkow und Boris Nemzow getragen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit es gelingt, damit öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen. Es ist geplant, dass die Unterstützer des Wahlboykotts zur Wahl gehen, dort aber ihren Wahlzettel deutlich unglücklich machen und dies in verschiedener Weise dokumentieren.

Nach den Duma-Wahlen wird PARNAS entscheiden, ob ein Präsidentschaftskandidat aufgestellt wird. Für diesen müssten dann wiederum Unterschriften gesammelt werden.

Rechte Sache

Eine weitere Partei mit teilweise liberaler Programmatik ist „Die Rechte Sache“ (Prawoje Delo). Dieses Parteiprojekt, das ursprünglich vom Kreml mitinitiiert worden war und folglich trotz kaum vorhandener Unterstützung in der Bevölkerung keinerlei Probleme beim Registrierungsprozess hatte, vertritt eine konservativ-liberale Programmatik. In den letzten Jahren dümpelte die Partei vor sich hin. Dann übernahm der Milliardär Michail Prochorow die Führung. Unter Einsatz beträchtlicher finanzieller Mittel schaffte er es, die Popularität der Partei deutlich zu erhöhen. Dabei vertrat er allerdings zunehmend eigenständige, mit der Kreml-Administration nicht abgesprochene Positionen. Deshalb wurde Prochorow vom Kreml, der sein Engagement zunächst unterstützt hatte, die Kontrolle über die Partei wieder entzogen.

Schlussfolgerungen

Der aktuelle Wahlprozess in Russland wird demokratischen Standards nicht gerecht. Dies lässt sich bereits einen Monat vor den Dumawahlen sagen. Das Registrierungsverfahren für Kandidaten und Parteien ist sehr restriktiv und wird zudem von den Behörden massiv beeinflusst, um unliebsame Opposition von der Teilnahme an den Wahlen auszuschließen. Auch während der Wahlkampagne werden massiv sogenannte administrative Ressourcen eingesetzt, um der Regierungspartei zum Erfolg zu verhelfen. So hat die Bevölkerung nur geringen Einfluss auf die politischen Entscheidungen, die in Russland in den nächsten Jahren getroffen werden und die einen großen Einfluss auf die Zukunft des Landes haben. Darauf sollte immer wieder hingewiesen werden.

Gleichzeitig gibt es im Prozess der Wahlen Möglichkeiten, kritischen Meinungen Gehör zu verschaffen. Die liberale Partei JABLOKO führt einen intensiven Wahlkampf und versucht, möglichst breite Zielgruppen anzusprechen. Sie bietet eine programmatische Alternative an, die am ehesten mit den Worten sozial-liberal zu umschreiben ist.

Die Partei PARNAS, an der die liberale Partei RNDS beteiligt ist, versucht mit ihrem Aufruf zum Wahlboykott auf die fehlende Legitimität der Wahlen hinzuweisen. Inwieweit das gelingt, bleibt abzuwarten. Die bewusste Abgabe von ungültigen Stimmen ist eine Möglichkeit des Protestes. Jedoch wird es nicht einfach, damit eine größere öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen.

Zur Stärkung der politischen Vielfalt tragen auch all diejenigen Stimmen bei, die für andere Parteien als „Einiges Russland“ abgegeben werden. Sie könnten dazu führen, dass es nicht gelingt, „Einiges Russland“ eine Zweidrittelmehrheit der Mandate zu verschaffen.

Insgesamt ist mit einem deutlichen Wahlsieg der Partei der Macht „Einiges Russland“ zu rechnen. Noch deutlicher wird der Sieg des Kandidaten dieser Partei bei den Präsidentschaftswahlen ausfallen. Das voraussehende Wahlergebnis darf jedoch nicht als Zeichen für eine langfristige Stabilität missdeutet werden. Es verschafft den herrschenden Macht- und Wirtschaftseliten Zeit, um ihre jeweiligen Pfründe abzusichern. Dass die tiefer liegenden Probleme des Landes in diesem autoritären System nicht gelöst werden können, haben bereits die letzten 12 Jahre zur Genüge gezeigt. Es sind nur wenige Änderungen zu erwarten.

In einer längerfristigen Perspektive gibt es Hoffnungen und Gefahren für die Demokratie und den Liberalismus in Russland:

In den letzten Jahren hat sich in Russland die kritische Öffentlichkeit weiterentwickelt. Es wird über ein größeres Spektrum an Fragen vor allem im Internet offen diskutiert. Das wird dazu beitragen, dass es auch in den kommenden Jahren eine intensive politische Debatte geben wird.

In der derzeit weitgehend unpolitischen Mittelschicht wächst das Bewusstsein für einige Probleme, die ihr tägliches Leben unmittelbar beeinflussen und ihren in den letzten Jahren erworbenen Wohlstand gefährdet. Dazu zählt die Korruption ebenso wie die staatliche Bürokratie. Eigentumsrechte sind in Russland nicht sicher. Auch das Gefühl der Gängelung widerspricht dem wachsenden Selbstbewusstsein viele Russen. Es ist möglich, dass diese Haltungen zu einer Veränderung des politischen Klimas führen, wenn es akzeptable politische Alternativen gibt. Ein Zeichen dafür war der zwischenzeitliche Erfolg der Partei „Die Rechte Sache“ unter der Führung des Milliardärs Michail Prochorow. Klassische liberale Themen wie der Schutz des Eigentums und die Beschränkung des staatlichen Einflusses werden aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen.

Die absehbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die aus Rohstoffabhängigkeit, Kapitalabfluss und dem Fehlen international konkurrenzfähiger Wirtschaftszweige resultieren, werden dazu führen, dass der derzeitige Mechanismus der Befriedigung zahlreicher Einzelinteressen aus den Öleinnahmen nicht mehr sehr lange im vollen Umfang durchgehalten werden kann. Das kann dazu führen, dass Teile der Eliten stärker als bisher an einer Öffnung des politischen Systems und der Wirtschaft interessiert sein könnten.

Andererseits besteht die Gefahr, dass die mangelnde Problemlösungsfähigkeit des Systems politischen Strömungen Vorschub verschafft, die noch stärker auf autoritäre, zentralistische und nationalistische Politikkonzepte zurückgreifen, als es die heutigen Machthaber tun. Aktuelle nationalistische Strömungen könnten einen Vorgeschmack darauf geben.

Weiterhin ist schon jetzt zu sehen, dass viele Bürger Russlands eher daran denken, ihren neu erworbenen Wohlstand im Ausland vor den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu schützen als daran, diese Verhältnisse zu ändern. Das kann mittel- und langfristig zu einer deutlichen Verschärfung der Probleme führen.

Sascha Tamm ist Projektleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für Russland und Zentralasien.

Impressum:

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung finden Sie unter www.freiheit.org